

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 3868/67	Best. ZS 1889
Rep. /	Kat.

31

Erich W. Gniffke "Wir sprechen zur Zone"

5. Juni 1962

Am 6. und 7. Juni 1947 fand in München eine Konferenz statt, zu der der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard seine Kollegen aus allen Ländern der vier Besatzungszonen eingeladen hatte. Der Zweck der Einladung war Ehard's Wunsch, auf einer ersten innerdeutschen Konferenz die Notlage des deutschen Volkes mit seinen Kollegen zu diskutieren und über innerdeutsche Wege zu beraten, die das Volk als Ganzes aus der bittersten wirtschaftlichen Not hinausführen sollten. Die Einladung erregte mindestens bei einigen der Besatzungsmächte das Mißtrauen gegenüber einem vermuteten politischen Ziel der in Aussicht genommenen Konferenz. Auf der einen Seite waren es die Franzosen, die die Teilnahme der Ministerpräsidenten ihrer Zone davon abhängig machten, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht auf die Tagesordnung gesetzt werde. Auf der östlichen Seite waren die Sowjets gegen die geplante Konferenz der Ministerpräsidenten. Nicht die Ministerpräsidenten, sondern die Parteien sollten nach ihrer Auffassung die gesamtdeutsche Konferenz beschicken, um vor allem über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu beraten.

Das Mißtrauen der Sowjets hatte der damalige amerikanische Außenminister Byrnes mit seiner Stuttgarter Rede am 6. September 1946 wachgerufen, in der er für die Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung, einen "Deutschen Nationalrat" eingetreten war, der aus den Ministerpräsidenten der verschiedenen Länder aller vier Zonen bestehen sollte.

- 2 -

Byrnes hatte angeregt, dieser Deutsche Nationalrat solle auch eine "Bundesverfassung" für die "Vereinigten Staaten von Deutschland" entwerfen.

Außerdem war im Dezember 1946 die Verschmelzung der englischen und amerikanischen Zone zur Bizone beschlossen worden.

Für die Sowjets stand damit fest, daß Ehard nicht aus eigener Initiative, sondern auf Veranlassung der Amerikaner die Einladungen verschickt hatte. Somit war er (nach sowjetischer Meinung) ein amerikanischer Agent. Mit dieser Meinung traten die Sowjets nicht offiziell hervor. In Walter Ulbricht hatten sie aber ihren Sprecher im Zentralsekretariat der SED, dem obersten Beschlußgremium der Partei. Die vier SED-Mitglieder unter den fünf Ministerpräsidenten der sowjetisch besetzten Zone waren der Parteidisziplin unterworfen. Es kam daher entscheidend auf den Beschluß des Zentralsekretariats der SED an. Aber in diesem Gremium konnte eine negative Entscheidung nur dann getroffen werden, wenn sich Ulbricht mit der ihm aufgetragenen Argumentation durchsetzte. Ulbricht mußte aber sehr bald erfahren, daß er sich mit seiner Argumentation nicht durchsetzen konnte. Zusammen mit mir vertraten etliche Kollegen die Ansicht, daß diese Konferenz ein Anfang gesamtdeutscher Gespräche deutscher Politiker sei. Schon in den Monaten zuvor waren einige Versuche gescheitert, zwischen den Parteien zu solchen Gesprächen zu kommen. Es schien mir darum nicht wichtig zu sein, wer einen neuen Anlauf unternahm, um

zu dem ersehnten innerdeutschen, gesamtdeutschen Gespräch zu gelangen. Diese Auffassung vertraten nicht nur die Kollegen des Zentralsekretariats, die von der SPD gekommen waren, sondern auch einige Kollegen der früheren KPD.

Zu den Sitzungen, die sich mit der Frage der Teilnahme an der geplanten Konferenz beschäftigten, wurden die SED-Ministerpräsidenten hinzugezogen. Gemeinsam wurden mit ihnen die Bedingungen formuliert, die die Voraussetzungen für die Teilnahme der sowjetzonalen Ministerpräsidenten bilden sollten. Zu diesen Bedingungen gehörte die Forderung, Vertreter aller Parteien und der Gewerkschaften sollten an der Konferenz teilnehmen, und die weitere Forderung, die Konferenz müsse die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands behandeln. Walter Ulbricht beantragte eine telegrafische Übermittlung dieser Bedingungen nach München. Die Mehrheit lehnte diesen Antrag jedoch ab und faßte stattdessen den Beschluß, den Sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Friedrichs nach Bayern zu entsenden. Er traf sich mit Dr. Ehard in Hof. Am 28. Mai 1947 nahm das Zentralsekretariat Friedrichs Bericht entgegen, der mit der Feststellung schloß, Dr. Ehard wolle für die geplante erste Konferenz daran festhalten, daß der Kreis der Teilnehmer sich nur auf die Ministerpräsidenten beschränke. Wieder gab es eine längere Diskussion. Diesmal kam Ulbricht ganz nahe an sein Ziel einer Absage: nunmehr sollten die Bedingungen doch noch schriftlich Dr. Ehard übermittelt werden. Um eine endgültige Entscheidung hinauszuschieben, wurde der Inhalt des Telegramms

jedoch so milde abgefaßt, daß eine endgültige Absage daraus noch nicht zu entnehmen war. Es hieß im Telegramm, die Ministerpräsidenten der Ostzone hielten es für notwendig:

1. nochmals ernstlich zu prüfen, ob die Konferenz nicht unter Einbeziehung der Vertreter der Parteien und Gewerkschaften einzuberufen sei,
2. die Herbeiführung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands auf die Tagesordnung zu setzen, und
3. die Konferenz in Berlin als der Hauptstadt Deutschlands und dem Sitz des Kontrollrats stattfinden zu lassen.

Dr. Ehard antwortete sofort und lehnte die sowjetzonalen Vorschläge ab.

Dr. Friedrichs war inzwischen erkrankt. Für die weiteren Verhandlungen fiel er darum aus. An seine Stelle trat als gemeinsamer Verhandlungsführer der Zonenministerpräsidenten der thüringische Ministerpräsident Dr. Paul. Aber zunächst mußte im Zentralsekretariat entschieden werden, ob die sowjetzonalen Ministerpräsidenten denn trotz Ehard's Ablehnung überhaupt an der Konferenz teilnehmen sollten. Die Sitzung für diese Entscheidung wurde auf den 3. Juni 1947 anberaumt.

Einen Tag zuvor machten die Mitglieder des Zentralsekretariats einen Betriebsausflug an den Müggelsee. Dabei ergaben sich zwanglose Aussprachen zwischen den Mitgliedern des Zentralsekretariats. Am Ufer des Sees schritten Ulbricht und Grotewohl mehr als eine Stunde auf und ab.

- 5 -

Das Thema der Unterhaltung war nicht schwer zu erraten. Max Fechner und ich hatten uns in meinen Wagen gesetzt, behandelten hier das gleiche Thema und warteten auf das Gesprächsende der beiden anderen. Endlich trennten sie sich und wir zogen Grotewohl zu uns herein. Wir fragten: Was wollte der Bärtige von Dir? Ohne erst eine direkte Antwort abzuwarten, waren wir schnell mitten in der Diskussion. Grotewohl schien von dem Gespräch mit Ulbricht beeindruckt zu sein. Jedenfalls wollte er, wie er sagte, sich seine Entscheidung bis zum anderen Tag noch vorbehalten. Wir sagten: In München wird sich die Frage entscheiden, ob wir uns ostzonal isolieren oder ob wir versuchen - (wie wir in unseren Erklärungen immer sagen) - mit dem Westen einen Kompromiß zu schließen. Von der Haltung der SED-Ministerpräsidenten in München wird es abhängen, sagten wir, ob es nach München einen nächsten Schritt auf dem Wege der gesamtdeutschen Verständigung geben wird. Grotewohl ließ sich überzeugen, enthielt sich aber am nächsten Tag in der entscheidenden Sitzung der Stimme.

Auch in Westdeutschland hatte es viele Vorbesprechungen gegeben, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigten. So hatte Dr. Schumacher die sozialdemokratischen Regierungschefs der Länder zusammengerufen. Hierbei wurde ein Beschluß für eine Demonstration gegen die SED gefaßt. Einer der SPD-Ministerpräsidenten sollte darauf hinweisen, daß die Ministerpräsidenten der Ostzone keine ausreichende demokratische Legitimation für die Teilnahme

- 6 -

an der Konferenz besäßen, weil in den sowjetzonalen Landtagen die SPD nicht vertreten sei. Diese Nachricht fand ich auf meinem Tisch vor, als ich am 3. Juni mein Berliner Dienstzimmer betrat. Auch die übrigen Mitglieder des Zentralsekretariats waren in gleicher Weise informiert worden. Mit diesem Handikap fanden wir uns in der Sitzung zusammen, in der nun schärfer als bisher diskutiert wurde. Ich selbst kündigte meinen Rücktritt an für den Fall, daß unseren Ministerpräsidenten die Teilnahme an der Konferenz untersagt werden sollte. Schließlich fiel die Entscheidung. Es wurde beschlossen: Die Ministerpräsidenten fahren, haben aber in München in einer Vorkonferenz zu fordern, daß in die Tagesordnung als Punkt 1) die Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit aufgenommen wird. Dieser Punkt 1) soll lauten: "Bildung einer deutschen zentralen Verwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung des deutschen Einheitsstaates". Ohne die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, (so sollte argumentiert werden,) könnten weder die Kohlenfrage noch die Lebensmittelfrage gelöst oder die deutschen Exporte und Importe erfolgreich gefördert werden.

Das hört sich sehr vernünftig an. Aber diese Forderung traf den allergischen Punkt der Franzosen. Die Forderung der deutschen Einheit war von vornherein ausgeklammert worden, um allen Ministerpräsidenten, also auch denen der französischen Zone, die Teilnahme an der ersten gesamtdeutschen Konferenz zu ermöglichen. Für die Ministerprä-

sidenten der Bizone wäre die Forderung wohl diskutierbar, aber nicht annehmbar gewesen. Denn sie vertrug sich nicht mit den amerikanischen bundesstaatlichen Vorstellungen für ein neues Deutschland. So wurde der Antrag der sowjetzonalen Ministerpräsidenten abgelehnt, die daraufhin sofort abreisten. Dr. Paul als Delegationsführer blieb allerdings noch in München und suchte nach einer Kompromißlösung, - leider vergeblich.

Heute, nach 15 Jahren, bin ich noch immer der Auffassung, die ich schon damals vertreten habe: Es war ein Fehler, den Antrag der sowjetzonalen Ministerpräsidenten glatt abzulehnen. Für den Separatisten Ulbricht war die gescheiterte Münchner Konferenz ein erster Sieg.

"COPYRIGHT"

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne Genehmigung nicht verwertet werden. Insbesondere darf es nicht ganz oder teilweise oder in Auszügen abgeschrieben, oder in sonstiger Weise vervielfältigt werden. Für Rundfunkzwecke darf das Manuskript nur mit Genehmigung des Westdeutschen Rundfunks Köln benutzt werden.